

Editorial Ökologie und Marxismus

Die folgenden Beiträge nehmen Probleme auf, die unter dem Sammelbegriff „Ökologie“ in letzter Zeit in der Bundesrepublik auch politisch brisant geworden sind. Wir fassen dabei diese Problematik im weiteren Sinne als das Verhältnis von Mensch und Natur in der bürgerlichen Gesellschaft und die hier veröffentlichten Aufsätze (einschließlich des Artikels von *O. Negt*, der – wenn auch in anderem Zusammenhang – die transformatorischen Elemente dieses Themas herausgestellt hat) sollen zur Diskussion einiger Aspekte dieses umfassenden Themas beitragen.

So versucht *M. Massarrat* in seiner Analyse des Energiesektors der kapitalistischen Produktion zu zeigen, daß der – vom gesellschaftlichen Standpunkt aus höchst irrationale und destruktive – Ausbau der Kernenergie in der Welt auf Basis kapitalistischer Rentabilitätsabwägungen vorangetrieben wird. Mit dieser Analyse knüpft Massarrat an seine in *Prokla* 11/12 und 23 veröffentlichten Analysen zur Ölkrise an und untersucht die mittelfristigen Rentabilitätsabwägungen des Kapitals bei seiner Option für die Kernenergie (entgegen der Nicht-Rentabilität auf kurze Frist, die oft von Anti-Kernkraft-Gruppen als Argument gegen den Ausbau der Kernkraft angeführt wird).

H. Migge umreißt in seinem Beitrag das widersprüchliche Feld von kapitalistischer Produktionsweise, Umweltschutz und gesellschaftlichen Interessen und will zeigen, daß Möglichkeiten der Kapitalisierung des Umweltschutzes und der Entwicklung von umweltfreundlichen Kleintechnologien im Rahmen des Kapitalismus durchaus entwickelbar sind – allerdings auf Grenzen stoßen. Gerade weil es das eindeutige Interesse des Kapitals an Großtechnologie und gegen Umweltschutz nicht gibt, können gesellschaftliche Interessen den zerstörerischen Wirkungen des Kapitals entgegenzutreten und Durchsetzungsmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden Gesellschaft ausnutzen.

Die zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Produktion für die menschliche Arbeitskraft stand und steht im Zentrum der gewerkschaftlichen Bewegung und jeder sozialistischen Politik. Wir haben in der *Prokla* bereits mehrfach Analysen zur Intensifikation der Arbeit, zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und zum Gesundheitsverschleiß im Produktionsprozeß veröffentlicht (vgl. etwa die Analyse des Redaktionskollektivs Gewerkschaften in *Prokla* 4 und 5/1972). Es erscheint uns aber wichtig, im Rahmen des hier vorgestellten Schwerpunkts dieses Thema wieder aufzunehmen. Einmal, weil wir den ökologischen Fragenkomplex im weiteren Sinne als Verhältnis von Mensch und Natur begreifen, also das Verhältnis des Menschen zu sich selbst als Naturwesen in die Themenstellung einbeziehen, zum an-

deren, weil hier *eine* wichtige Verknüpfung ökologischer und gewerkschaftlicher Interessen angesiedelt ist – auch wenn dies offenbar auf beiden Seiten noch nicht so recht wahrgenommen wird (wir kommen darauf unten noch einmal zurück). U. Glaeßner und B. Köppl beschreiben in ihrem Beitrag auf Basis der zugänglichen arbeitsmedizinischen Ergebnisse den „normalen“, alltäglichen Gesundheitsverschleiß in der Produktion, der auch nicht durch die nachträgliche „Reparatur“ des Arbeitsvermögens kompensiert werden kann. Dabei zeigt sich in aller Deutlichkeit – um die aktuelle Diskussion um Arbeitszeitverkürzung anlässlich des Stahlarbeiterstreiks hier aufzunehmen –, daß die durch die Mechanisierung des Produktionsprozesses ermöglichte Entlastung von Arbeit über die Intensivierung der Arbeit wieder aufgehoben wird, und zwar auf allen Stufen der Mechanisierung. Arbeitszeitverkürzung *ohne* Kontrolle der Intensität der Arbeit scheint daher kaum eine wirksame Abwehrstrategie gegen den Gesundheitsverschleiß zu sein.

G. Armanski stellt einen bewußt essayistisch formulierten Beitrag zur Diskussion, in dem er in vorläufigen Überlegungen das Verhältnis von Mensch und Natur in der bürgerlichen Gesellschaft den vorangegangenen Stufen gesellschaftlicher Entwicklung entgegensetzt, um aus dieser Konfrontation eine Dimension positiver Veränderung der herrschenden Verhältnisse zu gewinnen, in der „Versöhnung“ des Menschen mit der Natur und mit sich selbst angezielt wird.

Der letzte Beitrag zum Schwerpunktthema, der Aufsatz von P. Dudek, hat auf den ersten Blick nichts mit unserem zentralen Problem zu tun. Dudek setzt die in der Prokla veröffentlichte Diskussion um die Denkformtheorie Sohn-Rethels fort, indem er die Kritik von L. Hieber an Sohn-Rethel (vgl. Prokla 29) aufnimmt und die Rolle des Experiments für die Entwicklung naturwissenschaftlicher Denkformen präzisiert. Während so Dudek einerseits mit Sohn-Rethel den Prozeß der Erzeugung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse von apriori-Theorien angeleitet sieht, deren Form nicht unabhängig von der Form der Gesellschaft existiert, geht er andererseits über Sohn-Rethel hinaus, indem er die Realisierung der ideellen, apriorischen Theorien im Experiment nachvollzieht und damit den naturwissenschaftlichen Erkenntnisprozeß als Prozeß des Machens von Erkenntnissen identifiziert. Dabei wird die Natur in *Objektform*, als den Naturwissenschaftlern äußerliches Objekt der Erkenntnis gefaßt, und diese Erkenntnisse selbst werden über die *Partikularisierung* des Naturzusammenhangs im Experiment gewonnen. Die neuzeitliche Naturwissenschaft, die wesentliche Basis für die Entwicklung der Technik in der kapitalistischen Produktionsweise, steht so von vornherein gegen die Natur, steht in den Formen ihres Erkenntnisprozesses zur Natur in einem herrschaftlichen Verhältnis. Dieses Verhältnis muß sich dann aber auch in dem daraus abgeleiteten Technik- und Medizinverständnis als angewandten Formen der Beherrschung der Natur in der bürgerlichen Gesellschaft widerspiegeln.

Fragestellungen zur weiteren Diskussion

Das Verhältnis von Mensch und Natur in der bürgerlichen Gesellschaft war offensichtlich schon immer problematisch; der Umgang mit der Natur ist aber in den letzten

Jahrzehnten ungehemmten Kapitalwachstums zum Skandal geworden. Die stillen Leiden der Natur – das Abholzen ganzer Waldgebiete, die Ausrottung von Tierarten, die Verseuchung von Flüssen, die Verschmutzung der Luft – von denen bereits Engels in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ berichtet –, haben die Menschen kaum betroffen gemacht; mit Nonchalance konnte darüber hinweggesehen werden. Der Fortschritt der Produktivkräfte, das Wachstum des Reichtums der Nationen, gemessen in den Quantitäten des Sozialprodukts, die verbesserte Konsumlage der Bevölkerung (zumindest in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern) rechtfertigte den ständigen Griff in die Reichtümer der Natur, die schier unendlich schienen. Kapitalistisches Rentabilitätskalkül rechnete zwar mit Zielen und Mitteln, mit Ergebnissen und dem Aufwand zu ihrem Erreichen, jedoch niemals mit der Grundlage, auf der diese Kalkulationen überhaupt stattfanden: mit der Natur. Erst relativ spät kommt der Nationalökonomie zu Bewußtsein, daß ihre rationalen Kalkulationen, sauber in mathematischen Formeln faßbar, noch Unbekannte, einige Störfaktoren enthalten, die dann als „externalities“, also als dem eigentlichen rationalen Rentabilitätskalkül extern, katalogisiert werden.

Im Verlauf der wirtschaftlichen Dynamik nach dem zweiten Weltkrieg interessieren die Fragen nach „sozialen Kosten der privaten Wirtschaft“ (so der Titel des Buches von K. W. Kapp, die erste ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Ökologieproblem) kaum. Es geht voran, das System hat in hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten und beinahe ständig steigenden Wohlstandsverbesserungen seine Legitimation gefunden. Es wird produziert und konsumiert, ohne daß die Konsequenzen von Produktion und Konsumtion für den Kreislauf zwischen Mensch – Gesellschaft – Natur in den Blickkreis geraten. Im quantitativen und partikularisierten Denken, das den kapitalistischen Rentabilitätskalkulationen zugrunde liegt, geht der Sinn für Qualitatives verloren. Und auch dort, wo allgemeine Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums auf der Erde aufgrund der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen festgestellt werden, werden diese Grenzen zunächst nur als quantitative schlechthin verstanden (wie in den Modellen des „Club of Rome“): Grenzen des Wachstums sind Grenzen der natürlichen Energieressourcen, der Nahrungsmittelbestände, der industriellen Rohstoffe, des „Lebensraums“, usw. Selbst dort, wo die Natur als Bedingung von Produktion und Reproduktion der Menschheit mitgedacht wird, wird sie also noch unter den quantitativistischen Formeln gefaßt, die der kapitalistischen Rationalität zugrunde liegen und in ihr entwickelt und verfeinert worden sind. Auf dieser Grundlage des Denkens ein qualitativ neues Verhältnis von Mensch – Natur – Gesellschaft zu gestalten, dürfte nachgerade unmöglich sein.

Die Aufgabe besteht darin, die ökonomisch reduzierten quantitativen Fehldeutungen des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft kritisch zu überwinden. Dies ist zunächst einmal ein *Theorieproblem* – worauf oben schon Bezug genommen wurde. Aber dies Problem ist nicht theoretisch begrenzbar, vielmehr haben wir es hier mit einem *politischen* Problem zu tun, das mittlerweile an den Lebensnerv der menschlichen Existenz rührt. Werden die Grenzen der Natur nur als quantitative verstanden, dann kann man sich in der Illusion wiegen, mit einem lediglich quantitativen Verständnis von Produktion und Konsumtion, von Produktivkräften und Tech-

nologie etc. ließen sich schon irgendwie Ansatzpunkte für die Lösung des darin liegenden Problems formulieren. Erfasst man dieses Problem jedoch als qualitatives, stellt es bisher nicht formulierte Fragen, die nach neuen theoretischen und politischen Antworten verlangen. Sich ihnen zu stellen, ist die theoretische und politische Aufgabe, die die Grenzen der Natur uns aufgeben. Es ist dabei offensichtlich, daß die Diskussion um unser Schwerpunktthema „Ökologie und Marxismus“ auch an eingefahrene Schablonen über die Entwicklung der Produktivkräfte und ihren Stellenwert im Emanzipationsbegriff der traditionellen Arbeiterbewegung rütteln muß, um das Ziel der Emanzipation bewahren zu können. Wir können hier nur einige Problemkomplexe benennen, die teilweise in diesem Heft behandelt werden und deren Darstellung auch nur die Diskussionsbreite umreißen soll:

1. Das Ökologieproblem scheint quer zur Klassenspaltung der Gesellschaft zu liegen. Dies ist einer der hervorragenden Gründe dafür, daß sich weniger die traditionellen Klassenorganisationen, wie Gewerkschaften oder Arbeiterparteien, mit dem Problem politisch befaßt haben als vielmehr sogenannte Bürgerinitiativen. Können sie aber das politische Subjekt sein, das dieses Problem auch zu lösen vermag? Auf der einen Seite drücken Bürgerinitiativen die Legitimationsschwierigkeiten der Parteien des politischen Systems wie auch die Schwierigkeiten der Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse aus, das Problem von Gesellschaft und Natur adäquat anzugehen. Insofern haben Bürgerinitiativen eine progressiv-produktive Bedeutung innerhalb des Handlungsspektrums von bürgerlichen Gesellschaften, in denen traditionell andere Formen der politischen Artikulation schwach entwickelt sind. Allerdings ist ihre Bedeutung zugleich begrenzt im Partialismus ihrer Interessenstruktur und Aktionsparameter. Meist territorial gebunden, projektbezogen, artikulieren sie innerhalb des politischen Systems in organisatorischen Formen, die der vorgegebenen Parteienstruktur nicht entsprechen, begrenzte Interessen und Perspektiven. Auch die nationalstaatliche Organisation, z.B. im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, hebt die Partialität nicht auf. Es deutet sich hier an, daß das problematische Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Natur nur begrenzt auf die Weise angegangen werden kann, wie es Bürgerinitiativen häufig tun. Denn Gesellschaft ist in kapitalistischer Produktionsweise Klassengesellschaft, und folglich ist die Lösung des Konflikts von Gesellschaft und Natur nicht unter Abstraktion von dem Klassengegensatz in dieser Gesellschaft anzupacken. Wenn auch die Bedingungen und Konsequenzen der tendenziellen Naturzerstörung im gewissen Sinne „interklassistisch“ sind, so kann dies für eine Lösung doch nicht heißen, daß sie neutral zur Klassenspaltung formuliert werden könnte, denn die Ursache des Ökologieproblems ist ein Herrschaftsproblem: der Herrschaft des Menschen über die Natur in einer Gesellschaft, die auf der Herrschaft des Kapitals über den unmittelbaren Produzenten aufgebaut ist und in der die Kapitalverwertung (und nicht der gesellschaftliche Bedarf) Zweck der Produktion ist. Gegenüber dieser gesellschaftlichen Zweckbestimmung der Produktion wird auf der anderen Seite oft die „Gebrauchswertorientierung“ der Bürgerinitiativen gesetzt, die ihrerseits wieder an den wirklichen Bedürfnissen und gesellschaftlichem Bedarf festgemacht wird. Aber Gebrauchs-

wertorientierung und qualitatives Bewußtsein im Hinblick auf die innere und äußere Natur setzt auch einen Begriff von Emanzipation im gesellschaftlichen Kontext voraus. Gesellschaftliche Emanzipation verweist notwendig auf ein neues Verhältnis zur von den Menschen unterworfenen Natur, wie sich auch ein solches freieres Verhältnis zur Natur nur in einer von der Klassenherrschaft emanzipierten Gesellschaft aktiv entfalten läßt. Mit dieser Kritik soll die Bedeutung der Bürgerinitiativen keineswegs geschmälert werden, es soll nur die Perspektivhaftigkeit bzw. die Perspektivlosigkeit angedeutet werden, die gleicherweise in ihnen enthalten sind. Wie bedeutsam gerade diese Momente sein können, zeigt sich bei den Versuchen der Bürgerinitiativen, sich im parlamentarisch-politischen System an Wahlen zu beteiligen.

2. Offensichtlich ist der Optimismus, den die geläufige Redeweise von der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als berechtigt unterstellt, unberechtigt. Keineswegs reicht es mehr aus, wie Theoretiker der zweiten und der dritten Internationale meinten, die Produktivkraftentwicklung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen als Grundlage für eine neue Gesellschaft zu benutzen oder gar davon auszugehen, daß lediglich die Gesellschaftsform der Nutzung von Produktivkräften in Richtung sozialistischer verändert werden müßte, um die negativen „Begleiterscheinungen“, die im Kapitalismus damit verbunden sind, zu beseitigen. Produktivkräfte (und die ihnen vorausgesetzte Naturwissenschaft) haben in sich und nicht nur in den Produktionsverhältnissen außer sich den kapitalistischen Quantitativismus und damit das Verhältnis von Mensch – Natur – Gesellschaft, das wir kritisiert haben. Produktivkräfte als solche, gleichgültig ob sie unter kapitalistischen oder real existierenden sozialistischen Produktionsverhältnissen angewendet werden, sind oft genug *Destruktivkräfte* – man denke dabei an die Atomkraftwerke.

Es reicht also nicht mehr, die Revolutionierung nur auf der Seite der Produktionsverhältnisse zu erwarten, auch die Struktur der Produktivkräfte muß offenbar umgewälzt werden. Es scheint uns immer noch ein gewichtiger Fehler zu sein, der im (real existierenden) Sozialismus die gesellschaftliche Praxis bestimmt, daß lediglich gesellschaftliche Kontrolle über die Produktivkräfte ausreiche, um ihre negativen Auswirkungen abzuwenden. Wir stimmen in diesem Punkt der Kritik Rudolf Bahros zu, der darauf hinweist, daß die Beziehungen zwischen Mensch, Natur und Gesellschaft, wie sie im bürgerlichen Zeitalter deformiert worden sind, tief „in den real existierenden Sozialismus hineinregieren“.

3. Die technologische Möglichkeit ist gegeben (aufgrund des wissenschaftlich-technischen Fortschritts), daß sich die Menschheit selbst ausrotten kann. Die historische Möglichkeit des gemeinsamen Untergangs der kämpfenden Klassen, von dem Marx und Engels im kommunistischen Manifest sprechen (MEW, Bd. 4, S. 462), kann sich im Atom- und Neutronenbombenzeitalter und bei Anwendung riskanter Technologien im Produktionsprozeß auf ungeheuer erweiterter Stufenleiter bewahrheiten. Die politische Antwort der „friedlichen Koexistenz“ hat hierin eine rationale Grundlage. Aber wenn wir das Problem von der weltpolitischen Dimension herun-

ternehmen und es im Kontext von Gesellschaft – Natur – Mensch reflektieren, dann wird es klar, daß seine Lösung auch ein neues Bewußtsein erforderlich macht. Wenn wir davon gesprochen haben, daß das Denken und Handeln in Quantitäten (unter dem Primat der Kapitalverwertung) für die Naturzerstörung verantwortlich sind, dann bedeutet die Alternative, nämlich das Denken in Qualitäten, eine angemessene, stärkere Berücksichtigung des Gebrauchswerts, also der stofflichen und natürlichen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion in einer anzustrebenden bewußten Organisation des gesellschaftlichen Lebens. (Uns ist klar, daß gerade damit unter dem Schlagwort einer verselbständigten „Theorie des Gebrauchswerts“ großer und grober Unfug getrieben wird: „Gebrauchswert ist das, was meine unmittelbaren Bedürfnisse befriedigt, und um diesen Gebrauchswert zu nehmen, nehme ich mir das Recht auch gegen andere gesellschaftliche Individuen oder Gruppen.“ Auf diese Weise wird einer korporativen Interessendurchsetzung letztlich das Wort geredet.)

Diese Alternative impliziert auch ein verändertes Verhältnis des Menschen zu sich selbst, der ja nicht nur als Produktionsfaktor verstanden werden will, sondern als Mensch mit einer inneren und äußeren Natur. Das heißt aber keineswegs unter dem Schlagwort eines „Alternativen Lebens“ Eskapismus in die Natur. Mit den Versuchen, mittels einer Neubestimmung des individuellen Verhältnisses zur Natur den vorherrschenden Verhältnissen zu entfliehen, als „Naturfreak“, „Makrobiot“ etc., wird zugleich die gesellschaftliche Perspektive einer Veränderung in der Regel aufgegeben oder aber den herrschenden Verhältnissen lediglich die Alternative individuell und postulativ entgegengesetzt, aber nicht mehr als gesellschaftliche entwickelt. Die Schäferei im schweizerischen Jura, der alternative Bauernhof in Lüchow-Dannenberg, der makrobiotische Laden an der Ecke, sind letztlich Versuche, sich um das Problem von Mensch – Gesellschaft – Natur herumzumogeln. Vielleicht ist es individuell für den einen oder den anderen auf diese Weise lösbar, gesellschaftlich blockiert es den Ausblick auf eine veränderte Struktur.

4. Die westdeutschen Gewerkschaften haben bislang sehr wenig Anstrengungen für eine Neuformulierung ihrer Sichtweise ökologischer Probleme unternommen. Solange die Wirtschaft florierte, war es möglich, mit der Lohnpolitik gleichzeitig das Problem der Schädigung der inneren und äußeren Natur des Menschen „zu lösen“. Die steigende Arbeitsintensität und die damit verbundenen Schädigungen des menschlichen Organismus und der menschlichen Psyche wurden viele Jahre lang nur kompensatorisch oder mit entsprechenden medizinischen Reparaturmaßnahmen behandelt; in Lohnsteigerungen wurden die Schädigungen der inneren Natur des Menschen aufgefangen, der erweiterte Verschleiß wurde durch erweiterte Konsumtion kompensiert. Erst seit Beginn der 70er Jahre hat sich ein Bewußtsein auch darüber herausgebildet, daß mit Lohnpolitik allein den die menschliche Natur zerstörenden Potenzen des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht mehr beizukommen sei und dieser selbst in seinen Auswirkungen kontrolliert werden müsse. Die Tarifverträge in Nordwürttemberg/Nordbaden mit Regelungen der Arbeitszeit, der Pausen, der Taktzeiten am Fließband usw. zeigen die Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik, die

einmal durch die zerstörerischen Wirkungen des Produktionsprozesses auf den Arbeiter und zum anderen durch die nicht mehr funktionierende kompensatorische Wirkung der Lohnpolitik in der Krise hervorgerufen wurden. Was wir von der Kompensation der steigenden Arbeitsintensität in Form von Lohnerhöhungen gesagt haben, gilt in ähnlicher Weise für die immer weiter schreitende Zerstörung der Umwelt (der Begriff Umwelt enthält bereits eine Reduktion, weil der Mensch selbst als Teil dieser ‚Umwelt‘ ausgeblendet ist). Die Zerstörung von Naherholungsgebieten, die zunehmende ‚Unwirtlichkeit der Städte‘, die dann erzeugten Träume von einer konfektionierten Stuyvesant-Natur mit Sonne, Wasser, Wind und schönen braunen Menschen, fanden auch ihre lohnpolitische Lösung: Anstelle von Naherholung gab es die Fernurlaubsreise, womit jedoch das Dilemma von Natur – Mensch – Gesellschaft lediglich exportiert und weltweit gemacht wurde. Alle diese Momente, die für die *Reproduktion der Arbeitskraft* größte Bedeutung haben, verweisen auf gewerkschaftliche Strategieüberlegungen, die sich der Natur als Lebensbedingung des Menschen bewußter werden als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, und zeigen auch die innere Verknüpfung der ökologischen Probleme mit einer Interessenpolitik der Gewerkschaften auf, die die Illusion der Garantie von Arbeitsplätzen und Lohnzuwächsen durch die Prosperität des Kapitals verloren hat. Während auf der einen Seite die Gewerkschaften im Produktionsprozeß diese Erfahrung machen müssen, nämlich daß das kapitalistische Wachstum mit Rationalisierungsinvestitionen, Freisetzen von Arbeitern, Dequalifikation und Arbeitsintensivierung erkaufte wird und sich dagegen zu wehren beginnen, setzen sie z.B. in der Atomenergiefrage noch ganz auf die Karte des Kapitals, indem sie kurzfristige Beschäftigungsinteressen (deren Durchsetzung – wie der Beitrag Massarrats in diesem Heft zeigt – keineswegs garantiert werden kann) gegenüber den langfristigen Überlebenschancen ihrer Mitglieder und deren Nachkommen in einer verseuchten Umwelt favorisieren.

Hier wird noch ein weiteres zentrales Problem offenkundig: Der „gesellschaftliche Zeithorizont“, um diesen Begriff zu verwenden, umfaßt auch im Atomsektor nur wenige Jahre, eventuell wenige Jahrzehnte, bei einem „natürlichen Zeithorizont“, der mehr als zwanzigtausend Jahre umfaßt, wenn man die Halbwertszeiten der radioaktiven Materialien kalkuliert. Menschliche Zeit und natürliche Zeit fallen in so eklatantem Maße auseinander, daß jede Entscheidung gesellschaftlich und natürlich verantwortungslos ist, die dies nicht mitberücksichtigt.

Wir haben nur einige Problemkreise benennen können, die in einer Diskussion um das Verhältnis von Mensch – Natur – Gesellschaft angetippt werden sollten. In diesem Heft gehen wir lediglich auf einige Aspekte ein. Wir hoffen aber, mit diesen wenigen Bemerkungen weitere Diskussionen (auch im Rahmen der Prokla) anregen zu können.

An die Leser und Abonnenten der Prokla!

Mit dem neuen (9.) Jahrgang der Prokla wird die Zeitschrift erstmals seit dem Beginn der Herausgabe im Rotbuchverlag 1976 teurer. Der Abonnentenpreis erhöht sich auf 8.— DM, der Ladenverkaufspreis bleibt bei 9.— DM. Verlag und Prokla-Redaktion bedauern diese Preiserhöhung; wir waren aber aufgrund der seit 1976 gestiegenen Herstellungskosten zu dieser Preiserhöhung gezwungen, um die Prokla nicht in die Verlustzone geraten zu lassen. Dabei bitten wir unsere Leser zu berücksichtigen, daß die Prokla kein „Profitunternehmen“ ist: alle Autoren arbeiten *unentgeltlich*, die Kosten der Redaktionsarbeit (Bürokosten und Bezahlung eines angestellten Redaktionssekretärs) werden durch einen monatlichen Abschlag des Rotbuchverlages und durch relativ hohe Mitgliedsbeiträge der etwa 50 Mitglieder der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“ getragen. Dabei haben wir mehrfach — um die Herstellungskosten zu senken — den Verlagsabschlag einvernehmlich mit dem Rotbuchverlag gesenkt und die Mitgliedsbeiträge erhöht, um die Kostensteigerungen nicht auf den Verkaufspreis durchschlagen zu lassen. Inzwischen sind aber auch die Möglichkeiten, durch Beitragserhöhungen diese Kosten aufzufangen, erschöpft, zumal zugleich durch die Organisierung von Arbeitskonferenzen und den Aufbau einer umfangreichen Redaktionskorrespondenz die Bürokosten angestiegen sind. Wir bitten daher unsere Leser um Verständnis für diese Preiserhöhung.

Redaktion Prokla

Prokla Heft 35 wird im Juni 1979 mit zwei Schwerpunkten erscheinen:

„Stalinismus und Industrialisierung“, womit ein wichtiger Aspekt der Bahro-Diskussion weitergeführt werden soll (u.a. wird eine Kritik an R. Dutschkes Buch über Lenin veröffentlicht werden), und:

„Krise, Arbeitslosigkeit und Alternativen der Wirtschaftspolitik“, mit Beiträgen zur Krisenanalyse, zu Alternativen der Wirtschaftspolitik (u.a. von R. Hickel), zu den letzten Tarifbewegungen (Mitglieder des Redaktionskollektivs Gewerkschaften) und zur Arbeitslosigkeit (u.a. von A. Wacker)